

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 3/48. Jahrgang

März 2017

Schutzgebühr: 0,40 €

Der Müll, die Stadt und Mit.Bus

Aus dem Stadtparlament 1. Eigenbetrieb Mit.Bus

Rückführung der Mit.Bus in den städtischen Eigenbetrieb und Entschädigung der Besitzer von Zeitkarten für den Ausfall während des Busfahrer-Streiks. Dies hat die Fraktion der Gießener Linken gefordert und Fraktionsvorsitzender Matthias Riedl überzeugend begründet. Vor einer direkten Ablehnung, wie es meist bei Anträgen der Opposition der Fall ist, drückte sich die Koalition und stellte stattdessen nichtssagende Änderungsanträge.

Vor allem beriefen sie sich auf die Vorschriften bei der Vergabe von Fahrerlizenzen (die ihre eigenen Parteien selbst gemacht und beschlossen haben) und betonten, auch eine Rück-

führung in den Eigenbetrieb sei kein Königsweg. Da haben sie recht. Deswegen fordert auch die Gießener Linke weitergehend in ihrem Wahlprogramm: „Rückführung der kommunalen Betriebe in die Hand und unter die Kontrolle des Stadtparlaments.“

Natürlich bleibt dies das Ziel. Aber wenn so erreicht werden kann, dass die Mit.Bus-Fahrer nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes bezahlt werden, ist das ein bedeutender Fortschritt, der für die Betroffenen bis zu 500 Euro im Monat ausmachen kann. Dennoch wurde der Änderungsantrag von SPD/CDU/Grünen mit der „Bitte“ an den Magistrat angenommen, umfassend über den gesetzlichen Rahmen und eventuelle Möglichkeiten zu berichten.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Ob Schulz, ob Merkel, ganz egal, in Deutschland herrscht das Kapital

Auf die Frage, was denn anders wäre, wenn er anstelle von Frau Merkel Kanzler wäre, sagt Schulz: „Wenn Frau Merkel als geschäftsführende Vorsitzende einer stark sozialdemokratisch geprägten Bundesregierung sozialdemokratische Politik macht, ist das doch schön.“ Er will also gar nichts anderes, er tut nur so. Verbunden damit ist auch die Wahnsinns-hochrüstung auf das Doppelte im Rahmen der NATO von 34 auf 60 Milliarden Euro – auch wenn die SPD

noch zu zögern scheint. Dennoch wird Schulz bejubelt wie ein Messias. Das war 1998 ähnlich, als ein „Kohl-muss-weg – Taumel“ die Menschen erfasste (bis in die Reihen der DKP hinein). In Gießen blieben wir realistisch. Unsere Losung war: *Ob Kohl, ob Schröder, ganz egal, in Deutschland herrscht das Kapital.*

Wie richtig wir lagen, zeigte sich bald. Der SPD/Grüne-Bundesregierung gelang es, die Friedensbewe-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt:

Die Macht des Kapitals brechen	S.2
Veranstaltung 70 Jahre VVN-BdA	S.3
Uni-Klinikum/EU winkt CETA durch	S.4
"Schwanenstrand..."/Umweltzone	S.5
Buchtip: H. H. Holz/Ostermarsch	S.6
Frauenkampftag/Eritra: FGM-Verbot	S.7
Wer sind die Gefährder?/Termine	S.8



Für Frieden und Sozialismus!

DKP



Die Formblätter gibt es hier: www.dkp-giessen.de, Rubrik Gießener Echo.

Bundestagswahl

Um zur Bundestagswahl zugelassen zu werden, muss die DKP Unterstützungsunterschriften vorlegen. Unterschreiben können alle Wahlberechtigten, sofern sie mit 1. Wohnsitz in Hessen (für die Direktkandidatur im Landkreis Gießen) gemeldet sind. Für die Landesliste benötigen wir 2000, für den Wahlkreis 200 Unterschriften. - Die ausgefüllten Formulare bitte bei DKP-Mitgliedern abgeben oder zusenden. (Adr. s. Impressum)

(Fortsetzung von Seite 1)

Ob Schulz, ob Merkel...

gung zu paralisieren und Deutschland in einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu führen (was Schröder inzwischen zugeibt). Und es gelang, die SPD-dominierten Gewerkschaften bei Fuß zu halten und den größten Sozialabbau in der Geschichte der BRD durchzusetzen (das, was Schulz jetzt als kleinen Fehler bezeichnet, nachdem Millionen Menschen ins Unglück gestürzt wurden). Vor diesem Hintergrund sind seine „Wahlversprechen“ und kleine angekündigte Reförmchen zynisch. Das Kapital und den Reichtum der oberen Zehntausend will und wird auch er nicht antasten. Wir bleiben dabei:

Ob Schulz, ob Merkel, ganz egal, in Deutschland herrscht das Kapital.

Michael Beltz

Die Macht des Kapitals brechen

Der heilige Schulz ist über uns gekommen und plötzlich werden die Bundestagswahlen wieder spannend. Alle dachten, die SPD wäre bereit für ihre neoliberale Heilslehre ihren Untergang zu riskieren.

Aber in letzter Sekunde signalisiert der Kandidat Schulz eine rhetorische Wende. Plötzlich heißt es, man hätte im Rahmen der Agenda 2010 Fehler gemacht. Es ist die Rede von der Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I. Die unbegründete Befristung von Arbeitsverträgen soll abgeschafft werden.

Aber nichts deutet darauf hin, dass die SPD mehr plant als kosmetische Korrekturen. Wenn man mehr wollte, müsste man die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen. Ein Ende der immer stärker ungleichen Verteilung von Reichtum in diesem Lande ist nur durch Eingriffe in das Privateigentum an Produktionsmitteln möglich.

Eine Vermögenssteuer nimmt den Superreichen einen Teil des Treibstoffes für ihr Lieblingsvehikel, der Börse. Die Expansion der weltweiten Spekulation seit den 1990er Jahren wurde durch das Fehlen effektiver Vermögenssteuern und Vermögenskon-

trollen mit ermöglicht. Hinzu kam die Abschaffung gesetzlicher Kontrollen der Banken und Börsen. Nicht zu vergessen die Privatisierung von Staats- oder Gemeineigentum.

Zwei Beispiele sollen das verdeutlichen: Die Forderung nach erschwinglichen Mietwohnungen in den Großstädten bleibt ein frommer Wunsch, wenn der Staat nicht im Besitz einer großen Menge von Wohnungen ist, welche er zu einem niedrigen Mietpreis anbietet. Dadurch würde die Miete auf dem Wohnungsmarkt generell sinken.

Der Mindestlohn ist nett. Aber wenn Staatsbetriebe eine große Nachfrage nach Arbeitskräften auf der Basis hoher Löhne und unbefristeter Arbeitsverhältnisse schaffen würden, wäre der Kreislauf immer niedrigerer Löhne und schlechterer Arbeitsbedingungen durchbrochen.

Das Wiederrückgängigmachen der Privatisierungen, verbunden mit einer Ausweitung der Mitbestimmung, wäre eine wirksame Einschränkung der Macht des Kapitals.

Die Einzigen, die einen Bruch der Macht des Kapitals fordern sind wir – die Kommunisten.

Henning Mächerle



(Fortsetzung von Seite 1)

Der Müll, die Stadt...

Die marktradikale FDP tat sich mit einem eigenen „Änderungsantrag“ hervor: sie forderte, dass alles so bleiben möge wie es ist. Amen. Auch im Falle der Entschädigung konnte sich die Koalition nur zu einer „Bitte“ durchringen, diesmal an den RMV gerichtet: Er möge eine Erstattung unter Kulanzaspekten prüfen.

2. Wahlplakatierung

Seit die Plakatflut vor Parlamentswahlen kaum mehr eingeschränkt ist, wird die Stadt jedes Mal regelrecht zugemüllt. Jetzt will die Koalition das Aufstellen von Plakaten innerhalb und auf dem Anlagenring untersagen. Diese Halbherzigkeit stieß auf Kritik. Die Piraten z.B. machten den vernünftigen Vorschlag, dass das Kontingent generell sowohl in der Anzahl als auch in der Größe begrenzt wird. Das veranlasste StV. Nübel (Fraktionsvorsitzender der SPD) zu der entlarvenden Bemerkung: Wenn kleine Parteien wie die FDP so viel wie die SPD bekämen, „das wäre unverhältnismäßig“.

Soviel zu seinem Demokratieverständnis, das ihn auch den Vorschlag des StV. Beltz (Gießener Linke) ablehnen ließ. Der hatte angeregt, in Gießen wieder auf eine alte bewährte Regelung zurückzugreifen. Früher hatte die Stadt etwa 50 große Plakat-



So sahen früher (Foto von 1982) die städtischen Plakatwände aus. Hier allerdings hat ein Spatzvogel alle Plakate (außer der von SPD und DKP) überklebt - aus Protest gegen den kandidierenden CDU-Rechtsaußen Manfred Kanther.

wände auf das Stadtgebiet verteilt aufgestellt, auf denen die Parteien – nach demokratischer und gleichberechtigter Vergabe – ihre Wahlwerbung aufkleben konnten. Alles andere wilde Aufstellen bzw. Anbringen war untersagt. StV. Nübel: „Das ist viel zu teuer...“ – und unverhältnismäßig?

3. Pfandringe

Allen Gegenargumenten zum Trotz (s. Gießener Echo Nr. 2/17) wurde beschlossen, die Einführung von „Pfandringen“ an öffentlichen Mülltonnen prüfen zu lassen. Und dies, obwohl die meisten Städte, die die Rin-

ge versuchsweise eingeführt hatten, es wieder gelassen haben. Auch nachdem die StV. Lennartz (Gießener Linke) aufgrund eingehender Internet-Recherche nochmals dargelegt hatte, dass die Sache unpraktikabel – zusammengefasst: heuchlerisch und nicht zielführend – ist, hielt die Koalition am Antrag fest.

Der StV. Grothe (Grüne) beharrte: „Ob die Pfandringe Sinn machen, lassen wir von Fachleuten klären und nicht von Ihnen.“ Richtig: die städtischen Bediensteten haben ja unendlich viel Zeit, sich mit ausgefallenen Wünschen und überflüssigen Aufträgen zu beschäftigen...

Erika und Michael Beltz

EU-Parlament winkt CETA durch

Ohne lange Diskussionen hat das EU-Parlament der vorläufigen Inkraftsetzung des Freihandels- und Investitionsabkommens CETA zwischen Kanada und der EU zugestimmt.

Das Abkommen wird Standards beim Umwelt- und Arbeitsschutz herabsetzen, die Privatisierung der Daseinsvorsorge fördern und es Konzernen erlauben, Staaten auf Schadensersatz für angeblich entgangene Profite zu verklagen. Alle Bedenken gegen das Abkommen wurden durch unverbindliche Nebenerklärungen beschwichtigt. Der neue SPD-Hoffnungsträger Schulz hatte als Parlamentspräsident einen großen Anteil an dem Beschluss. Das Abkommen muss aber noch von allen nationalen und einigen regionalen Parlamenten ratifiziert werden. Der Kampf dagegen ist also noch nicht verloren.

Gernot Linhart



Uniklinikum – mehr Personal statt Profit

„Hier kämpfst du für deine Patienten. Nicht für den Profit.“ – mit diesem Spruch wirbt die Bundeswehr um medizinisches Personal.

Gegenüber den Beschäftigten des Gesundheitswesens ist das eine Frechheit. Seit etwa 25 Jahren sorgen die regierenden Parteien dafür,



dass das Profitprinzip im Gesundheitswesen eine immer größere Rolle spielt – gegen den Willen und die Interessen des Personals und der Patienten.

Die Beschäftigten lassen sich das aber nicht mehr gefallen, der immer größer werdende Arbeitsdruck bringt sie auf die Barrikaden. Sie verlangen gesetzliche Regelungen für die Per-

sonalbemessung in Kliniken, ersatzweise kämpfen sie mit ihrer Gewerkschaft ver.di für entsprechende Tarifverträge. An der Berliner Uniklinik Charité war ein solcher Tarifkampf mit Streik erstmals erfolgreich. Jetzt laufen Tarifverhandlungen mit diesem Ziel im Saarland (dort hat die CDU-Regierungschefin angesichts einer bevorstehenden Landtagswahl eine gesetzliche Regelung für 2018 versprochen) und an einigen größeren Kliniken, auch am Uniklinikum Gießen-Marburg (UKGM). Verhandlungsergebnisse sind noch nicht bekannt. Die Geschäftsführung hält einen solchen Tarifvertrag für unnötig, nach ihrer Ansicht ist alles in Ordnung. Diese Haltung wird den Kampf nicht leichter machen, die Beschäftigten sind zum Streik bereit.

Das Geld, das das UKGM von den Krankenkassen erhält, ist eigentlich nur für die Krankenversorgung gedacht.

Tatsächlich werden davon 40 Millionen Euro für Investitionen, Zinsen und Abschreibungen abgezweigt, zusätzlich nochmal ca. 10 Millionen für Dividenden an die Aktionäre.

Würden die Einnahmen nur für den vorgesehenen Zweck eingesetzt, könnte locker 10% mehr Personal eingesetzt werden – dafür lohnt sich ein Arbeitskampf. Gernot Linhart



Veranstaltung zum 70. Gründungstag der VVN Hessen in Gießen

Am 18.02.2017 feierte die VVN-BdA mit über 50 Mitgliedern und Interessierten in der Kongresshalle das 70-jährige Bestehen und diskutierte die Schwerpunkte ihrer künftigen Arbeit.



In vielen Beiträgen wurde Bezug genommen auf den notwendigen Kampf gegen die Rechtsentwicklung, die Re-

habilitierung der Opfer der Berufsverbote gefordert und auf den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus hingewiesen, wobei eine Rednerin Max Horkheimer zitierte, der insbesondere vor dem Faschismus warnte, der nicht in Stiefeln, sondern in der Maske der Demokratie daherkomme.

Michael Beltz (Foto rechts) überbrachte die Grüße der DKP Gießen und versprach, dass die DKP sich weiterhin für eine Ehrung von Ria Deeg einsetzen werde, auch wenn der Magistrat – um dies zu verhindern - die Frist, nach denen Ehrungen



möglich sind, um zehn Jahre verlängert hat.

Martina Lennartz
Ein ausführlicher Bericht steht hier:
<http://www.giessener-zeitung.de/giessen/beitrag/116986/70-jahre-vvn-mit-erfahrung-in-die-zukunft-gegen-faschismus-rassismus-und-krieg/>

Keine Ehrung der lettischen Waffen-SS!

Die VVN-BdA beschloss auch, sich an der Aktion gegen Faschistenehrung in Lettland zu beteiligen. In dem Aufruf heißt es: Am 16. März wird es in der lettischen Hauptstadt Riga - wie jedes Jahr seit 1991 - zu einem Gottesdienst, einem Ehrenmarsch und einer fahngesäumten Kundgebung am Freiheitsdenkmal zu Ehren der lettischen Einheiten der Waffen-SS kommen. Wir rufen dazu auf, sich am Mittwoch, dem 15. März 2017 um 18.00 Uhr vor dem Sitz des Honorarkonsulats in Frankfurt (Biebergasse 6-10) zu einer Mahnwache zusammenzufinden.

Wieseckau: Schwanenstrand oder Almbar?

Nur gerade mal vier Monate lang störte das gesellschaftliche Treiben an der „Schwanenalm“ die Winterruhe der Natur in der Wieseckau. Jetzt hat Event-Manager Trageser aus Alzenau die Konsequenzen auch aus dem „nachlassenden Besuch unangemeldeter Gäste“ (GAZ, 16.2.2017) gezogen. Im Landschaftsschutzgebiet kann bis April wieder Ruhe und Erholung einkehren, bis die nächsten LKWs mit Sand für die „Strandbar“ einfallen. Ob Bürgermeisterin Weigel-Greulich (GWG) wieder mal eine Sondergenehmigung von der „Unteren Naturschutzbehörde“ ausstellen lässt, obwohl in der Brutzeit solche Störungen unzulässig sind?

Der Spaziergänger und die Bürgerinitiative „Wieseckau“ fragen sich, ob der Abbau (Werbung auf der Facebook-Seite: „...reisen sie für ein paar Stunden in die Berge...“) etwas mit dem Klimawandel zu tun hat. Oder eher mit den Beschwerden von Naturliebhabern wegen Parkplatz-Missbrauch, Datenschutzverstoß, ins Gras führender Abwasserleitung, bil-

ligstem Bauzaun-Charme, Musiklärm, Facebook-Beschwerden wegen schlechtem Service oder Entsorgung alter Palmen und Bauzaunteilen „über den Zaun“.



*Foto links:
**Explosive
"Strandbar":
Ein Flüssiggas-
Tank - ver-
steckt inmitten
von Schilfmatten.
Eine Gefahr für
Gäste und Spa-
ziergänger in der
Wieseckau -
für die Feuer-
wehre in Gräu-
el***

Das sollte eigentlich nicht unter den Teppich gekehrt werden. Aber das Ordnungsamt, dessen Chefin (auch GWG) geblendet ist von den Qualitäten des Strandbar-Betreibers, schaut wohl dem Treiben untätig zu. Der mit Kies befestigte Parkplatz vor der

mehr eingegangen sind.

Jedenfalls, der Kampf um ein Landschaftsschutzgebiet, in dem Wasservogel, Fische und Menschen sich ohne ständige Störungen ergänzen, wird mit Hilfe der Bürgerinitiative „Wieseckau“ weitergeführt. Mario Berger

Umweltzone nutzt nix

Die Stadt Gießen soll eine „Umweltzone“ werden. Mit Umwelt hat so eine Zone wenig zu tun – in sie dürfen nur Kraftfahrzeuge einfahren, an denen eine Plakette klebt, die angeblich etwas über den Schadstoff-Ausstoß aussagt.

Inzwischen weiß aber jeder, dass die tatsächliche Schadstoffmenge viel höher ist als von den Herstellern angegeben wird. Umweltzonen sind ärgerlich für Fahrer älterer Autos – sie dürfen nicht mehr in die Stadt. Auf die Reinheit der Luft haben sie aber nur einen geringen Einfluss. Die Luft in Gießen enthält eindeutig zu viele Stickoxide, vor allem NO_2 , die zulässigen Grenzwerte werden sehr oft deutlich überschritten. Die Situation würde sich verbessern, wenn weniger Autos fahren würden. Da kommt der neue Bau- und Verkehrsdezernent Peter Neidel von der CDU gerade recht. Der will sich von seinen Vorgängern und Koalitions-

partnern dadurch unterscheiden, dass er die Stadt wieder Auto-freundlicher macht. Bisher sei zu viel für die Radfahrer getan worden, meint er. Alltagsradler können da nur lachen, oder



weinen – je nach Gemütslage. Es gibt zwar seit Jahren immer mal wieder hart erkämpfte Verbesserungen für Radler (markierte Radstreifen, Aufstellflächen an Ampeln, Freigabe von Einbahnstraßen...), der große Wurf ist das aber nicht. Grundlage der Verkehrspolitik dürfte es nicht sein, ab und zu etwas für die Randgruppe

der Radfahrer zu tun, sondern die Förderung des Radverkehrs als Teil der Lösung des Problems zu sehen. Der größte Teil des Verkehrs in der Innenstadt ist Parksuchverkehr, die meisten Autofahrten sind sehr kurz und könnten auch zu Fuß, mit dem Bus oder dem Rad zurückgelegt werden. Die Neidel-Parole „Freie Fahrt für freie Bürger“ ist längst überholt, vor allem wenn nur Autofahrten gemeint sind. Es gibt in Gießen viele, die Ideen und Vorschläge für einen Verkehr mit weniger Schadstoffausstoß haben. Der Allgemeine Deutsche Fahrrad Club (ADFC) setzt sich beharrlich für Fortschritte ein, eine neue Initiative um den „Gießener Landboten“ macht radikale Vorschläge mit neuen Radwegen, Fahrradstraßen, Bus- und Straßenbahnlinien, andere arbeiten an einem Leihsystem für Fahrräder. Eine Umweltzone ist reine Symbolpolitik – ein ganz anderes Verkehrskonzept würde mehr bringen.

Gernot Linhart

Buchtipp: „Kommunisten heute“ von Hans Heinz Holz

Anlässlich des 90. Geburtstages von Hans Heinz Holz (1927 - 2011) ist sein Buch von 1995 als unveränderter Nachdruck erschienen.

Die streitbare Schrift ist heute noch aktuell, vor allem, weil der Autor selbst sie als ein Diskussionsangebot verstanden haben wollte.

Aus der gewaltigen Fülle von Positionen und Argumenten werden hier nur zwei Positionen des Autors näher betrachtet.

1. Wir leben in einer Klassengesellschaft, auch wenn bürgerliche Politiker und Wissenschaftler nicht gerne davon sprechen. Dabei ist Klasse primär ein ökonomischer Begriff. Kapitalist ist, wer im Besitz der Produktionsmittel ist und sich den Mehrwert der gesellschaftlichen Produktion privat aneignet - und wer dies nicht tut, gehört zur „Arbeiterklasse“, weil er nur seine Arbeitskraft zu verkaufen hat. Die Strukturveränderungen im gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozess haben dabei den Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital nicht auf, sondern verschleiern ihn nur.

Die Ausbildung eines kämpferischen Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse gestaltet sich daher schwieriger, ist aber eine zentrale Aufgabe der

kommunistischen Partei. Dazu ist eine theoretische Verallgemeinerung und deren massenhafte Verbreitung notwendig.

2. Die allgemeine Krise des Kapitalismus, die neben der ökonomischen auch die politische, soziale, kulturelle und ökologische Krise umfasst, verschärft sich.

Die Kapitalisten bemühen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, um ihre Macht zu erhalten. Die Verelendung großer Bevölkerungsteile, der

Raubbau an natürlichen Ressourcen bis hin zur Zerstörung der Umwelt werden dabei in Kauf genommen. Kriege um Einflussbereiche, Rohstoffe und Absatzmärkte sind charakteristisch für den Kapitalismus im imperialistischen Stadium.

Der Autor schließt sein Buch mit der Aufforderung an alle Kommunistinnen und Kommunisten, sich in die Diskussion einzubringen und organisiert zu kämpfen, damit wir zu einer echten kommunistischen Klassenkampfpartei werden, ohne in pluralistische Diskussionsklubs auseinanderzulaufen. Sein Werk bietet dazu eine meisterhafte Grundlage. Rainer Grabowski

Neue Impulse Verlag Essen, ISBN 978-3-946845-18-8, 9,90 Euro

Wir bitten um Bezahlung des Abos und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70.

Aufruf zum Frankfurter Ostermarsch 2017

Die Waffen nieder!

Wir bleiben dabei: Krieg schafft keinen Frieden. Mehr Waffen und mehr Militär verschärfen die weltweiten politischen und humanitären Probleme. Die mit deutschen Waffen angeheizten Kriege treiben Menschen in die Flucht, verursachen zunehmend Armut, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung... Doch die Bundeswehr wird grundgesetzwidrig in immer mehr Staaten geschickt. Bis 2030 sollen 130 Milliarden Euro zusätzlich für Rüstung ausgegeben werden. Gleichzeitig fehlen überall Gelder für Bildung, Soziales und ökologischen Umbau. Die in Büchel stationierten US-Atomwaffen werden modernisiert, anstatt dass die Bundesregierung auf eine „atomare Teilhabe“ verzichtet und deren Abzug durchsetzt...

Wir wollen

- das Ende der Kriege und der deutschen Kriegseteiligung
- den Stopp aller Rüstungsexporte aus Deutschland und Konversion der Rüstungsindustrie
- Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus und Rechtspopulismus bekämpfen
- eine EU-Politik für den Schutz und die Entwicklung lokaler Wirtschaft in Entwicklungsländern
- Solidarität mit Migrant_innen und eine humane Flüchtlingspolitik
- Solidarität mit dem türkischen gewaltfreien Widerstand gegen eine neue Diktatur
- internationale Kooperation, z.B. im Rahmen der OSZE, statt militärischer und wirtschaftlicher Drohungen

<https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2017/aufrufe/frankfurt>



**Redaktionsschluss für
April-Echo: Mi., 22. März.**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de



**10 Wochen
kostenlos testen**

CompressVerlag,
Hoffnungs-Str. 18 ,
45127 Essen
info@unsere-zeit.de

8. März:

Internationaler Frauenkampftag

Schon seit Ende des 19. Jahrhunderts kämpfen Frauen für Gleichberechtigung im Beruf, im privaten und gesellschaftlichen Leben. Aber eine wirkliche Gleichstellung der Frauen ist in sehr vielen Lebensbereichen noch immer nicht erreicht, auch wenn sie heute auf dem Papier gleichberechtigt sind. Sie leiden wesentlich öfter als Männer unter häuslicher Gewalt und Alltagssexismus und bis heute erhalten Frauen im Schnitt 22% weniger Lohn als Männer. Sie sind in Branchen mit besonders prekären Beschäftigungsverhältnissen überrepräsentiert und erledigen darüber hinaus den Großteil der Hausarbeit, weil die traditionelle Rollenverteilung bis heute besteht. Ob es um die Kinderbetreuung oder die Bedingungen am Arbeitsplatz geht, im Kapitalismus werden Frauen doppelt belastet und schlechter bezahlt. Die bürgerliche Vorstellung von Demokratie, Freiheit und Emanzipation existiert also nur auf dem Papier. Anstatt dafür zu kämpfen, dass sich die traditionelle Rollenverteilung aus den Köpfen löst und Frauen im Beruf nicht mehr als „Zuarbeiter“ abgestuft werden, während die Männer die wahren Entscheidungsträger und Brotverdiener sind, bleiben die meisten dabei stehen, eine Frauenquote zu fordern, die erzwingen soll, dass mehr Frauen in Führungspositionen kommen. Das

hört sich natürlich erst einmal gut an. Doch was bringt dieser Tropfen auf den heißen Stein, wenn man dabei auch noch vergisst, um was für Jobs es geht? Ursula von der Leyen ist Kriegsministerin Deutschlands, da wird schnell mal gesagt, „Wie schön, dass diesen Job eine Frau macht!“ und dabei vergessen, dass es wohl kaum eine Rolle spielt, ob es nun Frauen oder Männer sind, die Soldaten in den Tod schicken und Länder zerstören lassen.

Die Frauenbewegung heute kämpft also für eine wirkliche Gleichstellung. Die kann nur erfolgen, wenn die materiellen Bedingungen, für alle Menschen gleich sind. Das sind die realen Lebenschancen, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und an gesellschaftlicher Ressourcen. Bedingungen, die erst in einer sozialistischen Gesellschaft erfüllt werden können. Wenn die Ausgangslage nicht für alle gleich ist, kann Ungleichheit nicht durch Gleichberechtigung beseitigt werden.

Letztes Jahr fand hier in Gießen seit langem wieder eine Demo zum Frauenkampftag statt. Auch dieses Jahr organisiert ein Bündnis eine Demo, auf der hoffentlich viele Menschen gemeinsam für die Gleichstellung der Frau auf die Straße gehen werden.

Muriel Sanchez Gellert



Mit solchen Plakaten wird in Eritrea öffentlich auf das Verbot der Beschneidung von Mädchen hingewiesen.

Gleichberechtigung in Eritrea

Viele Medien berichten aktuell über die Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsteile (FGM) und prangern diese an. Sie betonen, dass besonders viele Frauen aus Eritrea betroffen sein sollen, was ich auch in den Gießener Tageszeitungen gelesen habe.

Aus diesem Grund möchte ich darauf hinweisen, dass es in Eritrea eine gesetzliche Gleichberechtigung der Frau gibt, das Verbot der Zwangsehe und seit 2008 nicht nur das Verbot von FGM, sondern auch dessen Ahndung. Ich habe auch bei meinem Besuch in Eritrea 2014 mit Ärzten von Archemed und Madcare sowie mit dort behandelnden Ärzten gesprochen, die einen deutlichen Rückgang verzeichnen.

Ich weise deshalb darauf hin, weil ich einigen Medien eine gezielte Stimmungsmache gegen Eritrea unterstelle, da sich dieses Land selbständig – ohne westlichen Einfluss – sehr gut weiterentwickelt und stolz auf sich sein kann. So kann man davon ausgehen, dass die wirtschaftlichen Interessen an dem Land durch die Propaganda unterstützt und gefördert werden.

Martina Lennartz



3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

www.jungewelt.de/testabo
Abo telefon: 030 53 63 55 50

Wer sind die "Gefährder"

Seit geraumer Zeit scheint es nur ein Thema zu geben: die öffentliche Sicherheit und „die gefühlte Unsicherheit“. Die wurde auch bemüht, um in Gießen wieder den „freiwilligen Polizeidienst“ einzuführen. Warum? Alle Statistiken verzeichnen einen deutlichen Rückgang der Kriminalität, insbesondere auch bei Wohnungseinbrüchen, Straßenkriminalität, Raub und Vergewaltigung. Zugenommen haben Körperverletzungen, vor allem rechte Gewalttaten, die bundesweit im vergangenen Jahr um fast 50% gestiegen sind, 692 Menschen wurden von Rechten verletzt. Von besonderen Vorkehrungen, dies zu verhindern, ist nichts bekannt. Der richterliche Freibrief für die NPD gibt diesem Gesindel Auftrieb und beschert der Polizei, die sich oft zu Recht über Personalmangel beklagt, weitere Großeinsätze.

Nur ein toter Terrorist ist ein guter Terrorist

Die Gefahr und die „Gefährder“ werden vor allem bei Ausländern, Flüchtlingen und „den Islamisten“ festgemacht. Und tatsächlich scheint das bei den „Anschlägen“ (oder beim Amoklauf?) von Würzburg, München, Ansbach und Berlin zuzutreffen. Nur: kein einziger dieser Fälle wurde je aufgeklärt, alle mutmaßlichen Täter sind tot, entweder von der Polizei erschossen oder beim Anschlag um-

gekommen. Der „mutmaßliche Terrorist“ al-Bakr, der noch nicht einmal eine Bombe gebastelt hatte, sondern das angeblich tun wollte, habe sich im Gefängnis mit seinem T-Shirt erhängt, sagt man. Bezüglich des mutmaßlichen Berliner Attentäters Amri wurde wegen der „Pannen“ eine Untersuchungskommission eingesetzt. Er war monatelang beobachtet worden und fuhr mit dem Verfassungsschutz über Land, wo auch der Anschlag zur Sprache gekommen sein soll...

Schon Gedanken sind strafbar

Die Rechnung scheint aufgegangen. Im Dunst der Terrorhysterie wurden Überwachungs- und Gesetzesverschärfungen durchgepeitscht, die, wenn nötig, gegen alle angewendet werden können, die die Macht der Herrschenden „gefährden“. Dazu braucht es nicht einmal Beweise, denn es werden nicht nur Taten bestraft, sondern bereits die Pläne dazu. „Das Gesinnungsstrafrecht tritt an die Stelle des Tatstrafrechts.“ warnt der Gießener Professor A. Kreuzer. Und der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Oliver Malchow, kritisierte in seinem Vortrag im Februar in Gießen Sicherheitslügen und die geplante Zentralisierung der Polizei: „Diese Leute haben andere Dinge vor, und zwar Dinge mit den Bürgern.“

Erika Beltz

Ostermarsch in Frankfurt

Ostermontag, 17. April, 11:00 Uhr Bornheim, Gießener Str./Marbachweg (US-Generalkonsulat)
Von dort aus demonstrieren die Friedensinitiativen zum Römerberg. Hier findet ab 13.00 Uhr die Antikriegskundgebung statt mit Christine Buchholz (MdB. - Die Linke), Daniel Cirera (Mouvement de la Paix, Frankreich), ein/e Vertreter/in der afghanischen Migration und Andrea Ypsilanti (MdL, SPD) Kulturbeiträge u. a. von „Harald Pons & Nah Dran“.

und Gießen

Am Samstag, dem 15. April finden in Gießen (Seltersweg/Ecke Löwengasse) ab 11 Uhr Aktionen des Gießener Friedensnetzwerkes statt mit Beiträgen verschiedener Organisationen und dem Liedermacher Ernst Schwarz

MATTHIAS BELTZ

Ausgewählte Untertreibungen
gelesen von dem Schauspieler Christoph Pütthoff

Sonderveranstaltung 29.04.2017 20:00 Uhr, taT-studiobühne, Ostanlage 43, Als Verfechter von „Liberté, Egalité, Varieté“ war Matthias Beltz der gnadenloseste Kabarettist dieser Republik. Für diesen Abend hat Christiane Meyer-Thoss – Beltz' Frau, Agentin, Nachlassverwalterin und natürlich die beste Kennerin seines Werkes – aus diesen Untertreibungen die schlagendsten ausgewählt, die Christoph Pütthoff (Ensemblemitglied am Schauspiel Frankfurt) vortragen wird.

Frauenbefreiung ist international

Demonstration am Samstag, 11. März, 14 Uhr, Berliner Platz.
Lasst uns gemeinsam für eine bessere und friedliche Welt jenseits patriarchaler und kapitalistischer Verhältnisse kämpfen.
Es rufen auf: Autonomes Frauenhaus, Internationalistisches Bündnis, Bercem Kadin Meclisi, SDAJ, ARAG

Vor-Mai-Veranstaltung der DKP Gießen

am Dienstag, dem 25. April ab 19 Uhr im DGB-Haus.

Es spricht:

Patrik Köbele, Parteivorsitzender der DKP
danach Maifeier mit Mojito, Cuba libre... und Arbeiterliedern
Jan Hambruch mit Gitarre

Mitgliederversammlung der DKP

Donnerstag, 23. März, 19 Uhr, Büro der Partei Die Linke, Marktplatz 2



news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen
DKP-Gießen auch bei facebook

**Widerstand
gegen Hartz IV
montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern**